

G 20 und die Folgen – Konsequentes politisches Handeln ist wichtiger denn je!

Von Joachim Lenders,
1. stellvertretender
Bundesvorsitzender

Hunderte von verletzten Polizeibeamten/-innen – immenser Sachschaden – ein marodierender, brandschatzender und gewalttätiger Mob, der durch die Straßen einer Millionenstadt zieht und in Teilen eine verängstigte Bevölkerung. Das waren die Folgen des G20-Gipfels in Hamburg.

Die politische Bewertung der Ereignisse rund um den G20-Gipfel in Hamburg wird uns sicher noch einige Zeit beschäftigen und das muss auch so sein. Richtigerweise werden rechte und islamistische Gewalt in unserem Land streng in den Blick genommen und möglichst frühzeitig bekämpft; dem Entstehen linker Gewalt sehen weite Teile der Gesellschaft mit einer Mischung aus augenzwinkerndem Verständnis, schulterzuckender Ignoranz und auch freudiger Erwartung zu. Das muss sich ändern.

Es ist nicht nur eine Debatte darüber notwendig, dass linke Gewalt eben kein „aufgebautes Problem“ ist. Vielmehr müssen auch die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, um die Bedingungen zu ändern, unter denen sie entsteht. Das fängt bei der Sprache an, die viel zu häufig der Einstieg in eine Verniedlichung gefährlicher Aktivitäten ist. Wer an der Planung und Vorbereitung von Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei oder das Eigentum von Menschen beteiligt ist, darf nicht länger als „Aktivist“, „Autonomer“ oder gar „Demonstrant“ bezeichnet werden, das sind kriminelle Handlungen und die, die sie begehen, sind Kriminelle.



© Windmüller

Niemand würde dulden, wenn Rechtsextremisten oder islamistische Fundamentalisten die Räume, in denen sie ihre Gewalttaten vorbereiten, als „autonome Zentren“ tarnen, da gibt es glücklicherweise einen großen politischen Konsens. Den brauchen wir allerdings auch in der Betrachtung derartiger Einrichtungen der linken Szene. Es muss genauer hingesehen und notfalls früh eingegriffen werden. Wer Häuser besetzt, ist kein Verhandlungspartner, das muss nicht nur für Hamburg gelten.

Etliche Beschuldigte wurden bereits während der Krawalle, Gewalttaten und Plünderungen festgenommen und wanderten in Untersuchungshaft. Weitere werden folgen, wenn erst die vielen Aufnahmen von Tathandlungen ausgewertet und die Identifikation von Tätern gelungen ist. Die Bevölkerung und die Medien leisten dazu bemerkenswerte Unterstützung. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Staatsanwaltschaften ausreichende Kapazitäten haben, um erfolgreiche Ermittlungen zu führen und Anklagen zu formulieren. Und es bleibt zu hoffen, dass der menschenverachtenden Gewalt auch harte Strafen folgen. Ist diese Hoffnung berechtigt? Wir werden es in etlichen Monaten sehen, wenn überhaupt öffentlich davon berichtet wird! Die Polizei wird den

Einsatz in Hamburg gründlich nachbereiten. Dazu brauchen wir keine Aufforderung und schon gar keinen Nachhilfeunterricht, das ist Standard. Viele Einsatzkräfte haben schon im Vorfeld und im Verlauf des Einsatzes Fragen gestellt; sie haben ein Recht auf Antworten.

■ Außerordentlicher Betreuungseinsatz der DPoIG

Die Betreuungsteams der DPoIG waren schon etliche Tage vor dem Beginn des eigentlichen Einsatzes rund um die Uhr auf den Beinen, um im Einsatzraum die Kräfte zu versorgen, ihr Engagement war großartig. Überall im Einsatzgebiet erfuhren sie viel Zustimmung und Anerkennung, wenn sie mit den Fahrzeugen der DPoIG auftauchten, für Getränke und Snacks sorgten, die vielen großen und kleinen Sorgen teilten und deutlich machten, dass sie mit den Kolleginnen und Kollegen Seite an Seite im Einsatz sind.

Unsere Einsatzkräfte selbst haben Belastungen erlebt, die selbst erfahrene Kolleginnen und Kollegen buchstäblich haben zusammenbrechen lassen. Immer und immer wieder neue Aufträge, lange Einsatzzeiten und ständig in der Gefahr, dem wütenden Mob zu begegnen, dazwischen nur wenige Stunden der Ruhe, das war für viele Kolleginnen und Kollegen zu viel, trotzdem haben sie durchgehalten in der Gewissheit, dass ihr Auftrag wichtig und notwendig ist.

Es ist klar, dass in außergewöhnlichen Einsätzen die Vorschriften von Arbeitszeitverordnungen kaum eingehalten werden können, das wissen alle Beteiligten. Und es gibt auch einen breiten Konsens in der Belegschaft darüber, dass dies zur Erreichung der polizeilichen

Ziele gelegentlich auch hingenommen werden muss. Trotzdem müssen Lösungen her, um solche Szenarien künftig zu vermeiden. Die Polizei in Deutschland ist an ihre Grenzen gelangt bei diesem außergewöhnlichen Einsatz. An ihre Grenzen deshalb, weil es einfach nicht genügend Personal gegeben hat und genau dies zu einer kompletten Überforderung der Einsatzkräfte geführt hat. Man mag nicht darüber nachdenken, was passiert wäre, wenn es an einer oder mehreren Stellen in Deutschland während des G20-Gipfels in Hamburg weitere polizeiliche Großlagen gegeben hätte. Die Kapitulation des Rechtsstaates?

Den Einsatzkräften ist zu Recht viel öffentliches Lob gezollt worden, für ihre Einsatzbereitschaft, ihren Mut und vor allem für ihr unglaubliches Durchhaltevermögen. Wer während des Einsatzes mit den Kolleginnen und Kollegen gesprochen hat, konnte erleben, wie gute Kameradschaft, Zusammenhalt und gegenseitige Aufmunterung diese Höchstleistungen ermöglichten. Alle waren sich der riesigen Verantwortung bewusst und haben sich auch und gerade in gefährlichen Situationen gemeinsam den Aufgaben gestellt. Nur so war es möglich, internationale Staatsgäste und friedliche Demonstrationen zu schützen und den G20-Gipfel überhaupt zu ermöglichen.

Viele Dienstherren sind der Forderung der DPoIG Hamburg gefolgt und haben für die Beschäftigten drei Sonderurlaubstage gewährt, das waren ermutigende Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung. Aber reichen tut das nicht, die Polizei hat einen Anspruch darauf, dass alles getan wird, damit sich ein solcher Einsatzverlauf nicht wiederholt. ■